

# Bachelorarbeit

## Politische Steuerung des Klimawandels

Dezentrierung der Demokratie: Zwischen der Stimme des Volkes und  
dem Wissen von Experten

*Datum*

20.04.2017

*Eingereicht von*

Celestin Johannes Büche

*Betreut durch*

Univ. Prof. Dr. Ingolfur Blühdorn

Univ. Ass. Michael Deflorian, MA

*Department für Sozioökonomie*

Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit

**Eigenständigkeitserklärung:**

Hiermit bestätige ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen Publikationen, Vorlagen und Hilfsmitteln als die angegebenen benutzt habe. Alle Teile meiner Arbeit, die wortwörtlich oder dem Sinn nach anderen Werken entnommen sind, wurden unter Angabe der Quelle kenntlich gemacht.

Wien, 20.04.2017

---

## Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung .....	1
2	Offensivreaktion I: Partizipative Demokratie .....	6
3	Offensivreaktion II: Expertokratie .....	10
4	Symbiose: Dezentrierte Demokratie .....	13
5	Fazit.....	20
	Literaturverzeichnis .....	25

## Abbildungsverzeichnis

<b>Abbildung 1:</b> Zu erwartende Legitimität, Effizienz und Effektivität unterschiedlicher Regierungsformen bei der politischen Steuerung des Klimawandels. ....	23
---	----

## 1 Einleitung

The successful politician instinctively feels what the voters feel, regardless of what facts and logic say. His guiding principle is neither efficiency nor equity but electability – about which he knows a good deal.

— Alan Blinder, *Hard Heads, Soft Hearts*<sup>1</sup>

Darüber, dass die Demokratie, in welcher die Macht vom Volk ausgeht, die am *wenigsten Schlechte* aller Regierungsformen darstellt, herrscht in der westlichen Hemisphäre weitgehendste Einigkeit. Dass Wissen Macht bedeutet, gilt spätestens seit dem Zeitalter der Aufklärung ebenfalls als geklärt. Ungelöst hingegen ist die Frage, wer im Falle einer Koexistenz dieser beiden Größen das Primat der Macht innehaben sollte. Das Wissen, welches auf Basis des Kriteriums nach Wahrheit operiert oder das Volk, welches seine Entscheidungen von der Mehrheit abhängig macht? Oder besteht gar die Möglichkeit zur Symbiose?

Die repräsentative Demokratie versucht beiden Kriterien gerecht zu werden, indem sie über den Kanal von Wahlen eine Mehrheit im Volk aufspürt, dessen Interesse anschließend von fachkundigen Parteien und Politikern vertreten wird. In Sache Klimapolitik versagt diese Form der politischen Steuerung bislang allerdings an beiden Enden, da weder das verfügbare Wissen in den politischen Diskurs gelangt, noch die gesamte Population sich an Wahlen beteiligt. Analysiert man die Funktionsweise der repräsentativen Demokratie lässt sich erörtern weshalb es bislang zu keiner adäquaten Klimapolitik gekommen ist:

Da sich Politiker und Parteien vor allem den Sorgen der stimmberechtigten Bürger annehmen, unterliegt die im Zuge der Globalisierung national gebliebene Demokratie einem lokalen Bias. Da die Auswirkungen von Umweltauswirkungen allerdings keine Staatsgrenzen kennen und oft entfernte Länder überproportional von den Folgen betroffen sind, diesen aber die Möglichkeit fehlt ihre Interessen in den politischen Diskurs der verursachenden Nationen einzuspeisen, hemmt dies eine angebrachte Umweltpolitik. Ebenso kein Gehör finden nachfolgende Generationen, welche mit den Auswirkungen einer unterlassenen Klimapolitik leben müssen.<sup>2</sup>

Die kurzen politischen Zyklen sowie die Abhängigkeit der Parteien von der Stimmgunst der Wähler, führt neben einer starken Gegenwartsorientierung zur Externalisierung von Umweltkosten. Da sich kostspielige Umweltauflagen oder Regulierungen nur schwer politisch vermarkten lassen, werden geforderte Umweltschutzmaßnahmen oft ohne Konsensfindung in den nächsten Zyklus weitergereicht oder in Entwicklungsländer ausgelagert.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Blinder, 1987, S. 196

<sup>2</sup> Vgl. Gesang, 2014, S. 22

<sup>3</sup> Vgl. Hinterberger, Luks, Steven, 2013, S. 134

Überhaupt eignet sich eine an Mehrheitswahlen gekoppelte Regierungsform kaum dazu, Einschränkungen jeglicher Art durchzusetzen, da Verzicht und Askese nur schwer mit den dominierenden, auf materiellen Besitz und Konsum basierenden Lebensstilen, zu vereinbaren scheint.<sup>4</sup> Beispielfhaft kann das Vorhaben des Bündnis 90/Die Grünen herangezogen werden, welche vor der Bundestagswahl 2013 für die Einführung eines Veggie-Days eingestanden sind, um den »[...] zerstörerischen Mittel der industriellen Agrarproduktion: Raubbau an Klima und Natur, ungerechte Verteilung von Boden, Wasser und Nahrung [...]« entgegenzusteuern.<sup>5</sup> Diese Empfehlung führte umgehend zu einem medialen Aufschrei sowie Empörung innerhalb der Zivilgesellschaft und wurde anschließend mitverantwortlich für das schwache Abschneiden bei der Bundestagswahl angesehen.<sup>6</sup> Die Forderung nach einem Veggie-Day verschwand anschließend wieder von deren Agenda. Eine nachhaltige Politik ist demnach kaum wettbewerbsfähig, da sie ihren Gewinn (geringerer Temperaturanstieg, Bewahrung der ökologischen Vielfalt etc.) erst in ferner Zukunft realisieren kann, den Wählern aber eine Gegenwartspräferenz unterstellt wird.<sup>7</sup> Auch wurde gezeigt, dass durch den Schutz der Anonymität bei Wahlen die Wahrscheinlichkeit steigt, dass eigennützige und nicht-nachhaltige Wahlentscheidungen getroffen werden, da keine direkte Zurechenbarkeit der Stimmen möglich ist.<sup>8</sup>

Als ebenso problematisch kann der Umgang mit Wissen und Nichtwissen im politischen Diskurs angesehen werden. Politiker verfügen nur selten über das notwendige Fachwissen und sind deshalb von zugelieferten Informationen abhängig, deren Viabilität sie selbst nicht überprüfen können. Dabei gelangt der aktuelle Wissensstand stark verzerrt in den politischen Diskurs: So zählt man im deutschen Bundestag neben rund fünftausend Lobbyisten, etwa viertausend Verbände die sich in zahlreiche privatwirtschaftliche Unternehmen, Anwaltsfirmen, Think Tanks, Unternehmensberater, wissenschaftliche Institute, Stiftungen, Politikberater und Medienhäuser gliedern, welche allesamt ihre Interessen an die 630 Abgeordneten tragen. Der Prozess der Wissensspeisung ist für die Öffentlichkeit höchst intransparent und entzieht sich jeglicher Möglichkeit zur kritischen Revision.<sup>9</sup> Da die Einflussmöglichkeiten dieser Akteure oft an finanzielle Mittel gekoppelt und somit ungleich verteilt sind, setzt sich als Folge oftmals ein Parlament mit äußerst konträren Meinungen zum Klimawandel zusammen, welches in seiner Verteilung von Klimawandelleugnern und Klimawandelverfechtern nicht den Wissensstand

---

<sup>4</sup> Vgl. Blühdorn, 2013, S. 237

<sup>5</sup> Vgl. Beschluss Bündnis 90/DIE GRÜNEN, 19.-21. November 2010, [www](http://www.buendnis90.de)

<sup>6</sup> Vgl. Probst, 2015, S. 149

<sup>7</sup> Zukünftige Gewinne werden von Individuen in der Regel schwächer gewichtet als gegenwärtige und zukünftige Kosten ebenso schwächer bewertet als gegenwärtige. Vgl. Stein, 2014, S. 51

<sup>8</sup> Vgl. Rohm, Wurster, 2016, S. 195

<sup>9</sup> Vgl. Willke, 2016, S. 38ff

der Zivilbevölkerung, und schon gar nicht den der Wissenschaft, repräsentiert.<sup>10</sup> So bleiben dringendst geforderte Maßnahmen die ausschließlich staatlich durchgesetzt werden könnten bislang aus, obwohl im wissenschaftlichen Diskurs sowie in Agenden zahlreicher zivilgesellschaftlicher Initiativen, NGOs, privatwirtschaftlichen Unternehmen, Universitäten etc., weitgehendste Einigkeit über die negativen Auswirkungen einer unterlassenen Umweltpolitik auf unser Öko-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystem besteht.<sup>11</sup>

Wird an den bisherigen Bewältigungsstrategien: Auslagerung von Umweltkosten (Verlagerung der Produktion, Müllexport etc.), ignorieren der Auswirkungen (Smog Belastung, Bodenerosion etc.) oder Verweigerung der Verantwortung (Grenzzäune, Nicht-Einhaltung internationaler Klimaverträge) festgehalten und der Klimawandel in seiner Relevanz weiterhin degradiert, wird sich die Demokratie im Angesicht steigender Migrationsströme<sup>12</sup> und im Kampf um zunehmend knapp werdende Ressourcen kaum als zukunftsfähig erweisen, da diese Herausforderungen nur schwer auf Basis demokratischer Ideale zu bewältigen sind.<sup>13</sup>

Es gilt somit zu prüfen, *ob* und wenn ja, *wie* die Demokratie in Zukunft in der Lage sein kann mit den Herausforderungen des Klimawandels umzugehen. Dabei muss sich jede Modifikation am Status quo daran bemessen, wie gut sie den kritischen Parameter der politischen Steuerung nach Legitimität, Effizienz und Effektivität nachkommen kann.

Legitimität meint die Anerkennungswürdigkeit und wird nach In-, Out und Throughput-Legitimität unterschieden.<sup>14</sup> Bezieht man dies auf den berühmten Auszug von Abraham Lincoln: »*Government of the people, by the people, for the people*« fokussiert sich die Input-Legitimität auf das »*by the people*.« Politische Entscheidungen gelten dann als legitim, wenn »[...] *sie von den authentischen Präferenzen der Mitglieder einer Gemeinschaft abgeleitet werden können.*«<sup>15</sup>

---

<sup>10</sup> Etwa 97% aller Klimaforscher sind sich mittlerweile *sicher*, dass klimatische Veränderungen existieren welche anthropogen verursacht und somit nicht ausschließlich durch natürliche Schwankungen erklärbar sind. Vgl. Cook et al., 2016, S. 5f

<sup>11</sup> »*Increasing magnitudes of warming increase the likelihood of severe, pervasive and irreversible impacts for people, species and ecosystems. Continued high emissions would lead to mostly negative impacts for biodiversity, ecosystem services and economic development and amplify risks for livelihoods and for food and human security.*« - Pachauri et al., IPCC, Fünfter Sachstandsbericht – Synthesis Report, 2014, S. 64

<sup>12</sup> Unterschiedlichen Prognosen zufolge werden bis 2050 etwa 50-200 Millionen Menschen aufgrund klimatischer Bedingungen dazu gezwungen sein, ihre Heimat aufzugeben. Vgl. Gemenne, 2011, S. 41-49

<sup>13</sup> Vgl. Blühdorn, 2013, S. 233

<sup>14</sup> Vgl. Scharpf, 1999, Blühdorn 2013, S. 216ff

<sup>15</sup> Scharpf, 1999, S. 16

Wesentliches Element einer inputorientierten Legitimation ist somit die politische Partizipation des Volkes, welche durch den Modus von Wahlen den »*Willen des Volkes widerspiegelt.*«<sup>16</sup> Throughput-Legitimität wird durch die Möglichkeit zur Deliberation am Prozess der politischen Willensbildung erlangt und verlangt deshalb eine transparente Offenlegung des Diskurses, als auch klar nachvollziehbare, verbindliche und kodifizierte Verfahren. Outputorientierte Legitimität hingegen hebt den »*for the people*« Aspekt in den Mittelpunkt. Politische Entscheidungen gelten dann als Output-legitim, wenn sie vom Souverän als effizient und effektiv das Gemeinwohl fördernd anerkannt werden, unabhängig davon wie die erlassende Instanz zustande gekommen ist.<sup>17</sup>

Das Gütekriterium der repräsentativen Demokratie beruht formal maßgeblich auf In- und Throughput-Legitimität, also auf der Sicherstellung von fairen Wahlen und Partizipationsmöglichkeiten, da diese indirekt bei den kommenden Wahlen ebenso die Output-Legitimität kontrollieren soll.

Das Verhältnis zwischen Effizienz (also dem Entscheidungskriterium nach der Maßnahme mit den geringsten volkswirtschaftlichen Kosten) und Effektivität (als Maß für die Wirksamkeit einer Handlung) und der Demokratie sind unklar. Fest steht jedoch, dass sie keine Antithesen der Demokratie darstellen, sondern auf das zu untersuchende Handlungsfeld hin analysiert werden müssen.<sup>18</sup>

Da politische Handlungs- und Entscheidungsprozesse immer häufiger von supranationalen Institutionen wie der EU oder dem IWF sowie unpolitischen Akteuren wie Unternehmen, Behörden, Gerichten und Expertenkommissionen etc., getroffen werden, lässt sich zunehmend eine Krise der In-, und Throughput-Legitimität konstatieren, die sich in Politikverdrossenheit und sinkender Wahlbeteiligungen äußert.<sup>19</sup>

Gleichzeitig lässt sich auf Seiten der Effizienz und Effektivität in Sache Klimapolitik ebenso eine Krise feststellen, da aufgrund der oben angeführten Schwächen der repräsentativen Demokratie, drängende Maßnahmen in Sache Umweltschutz bislang unzureichend durchgesetzt wurden.

---

<sup>16</sup> ebd. S. 16

<sup>17</sup> Vgl. ebd. S. 20ff

<sup>18</sup> Vgl. Blühdorn, 2007, S. 77. Blatter, 2009, S. 51-71

<sup>19</sup> Vgl. Blühdorn, 2013, S. 216

Über die Diagnose, dass die repräsentative Demokratie »[...] keine Staatsform die in besonderer Weise zu zukunftsverantwortlichem Handeln befähigt ist«<sup>20</sup> und sich in ihrer momentanen Architektur kaum in der Lage befindet, die Herausforderungen des Klimawandels bewältigen zu können, herrscht weitgehende Einigkeit. Demgegenüber zeichnet sich bei der Diskussion rund um mögliche Lösungsvorschläge eine gespaltene Debatte ab, dessen Hauptströmungen sich jeweils auf eine Seite der am Anfang vorgestellten Größen stellt:

Die im nächsten Kapitel diskutierte partizipative Demokratie fordert eine Orientierung an der Stimme des Volkes und richtet sich demnach dem Entscheidungskriterium nach *Mehrheit*.

Anhänger der im vierten Kapitel diskutierten expertokratisch organisierten Regierungsform hingegen fordern eine verstärkte Ausrichtung an dem Kriterium von *Wahrheit*.

Diese Diskussion soll um eine zusätzliche Alternative erweitert werden, die sich an Helmut Willkes Vorschlag einer dezentrierten Demokratie orientiert. Dieser argumentiert, dass durch eine Dezentrierung der Demokratie das verfügbare Wissen effizienter mobilisiert und effektiver koordiniert werden kann, ohne dabei das Ideal einer durch die Herrschaft des Volkes legitimierte Regierungsform aufgeben zu müssen.

Es soll also auf Basis hermeneutischer Textinterpretation bestehender Literatur geprüft werden, ob diese Form der politischen Steuerung die beiden Größen *Mehrheit* und *Wahrheit* zu verbinden vermag und somit eine valide Alternative zu den bestehenden Konzeptionen darstellt.

Die daraus abgeleiteten Forschungsfragen lauten demnach:

**Welche Möglichkeiten und Limitationen ergeben sich in Folge einer Dezentrierung der Demokratie in Bezug auf die politische Steuerung des Klimawandels?**

**Wie sind diese, im Vergleich zu den alternativen Vorschlägen einer partizipativen Demokratie und einer Expertokratie, zu bewerten?**

---

<sup>20</sup> Kielmansegg, 2003, S. 591

## 2 Offensivreaktion I: Partizipative Demokratie

A supporter once called out, »Governor Stevenson, all thinking people are for you!« And Adlai Stevenson answered, »That's not enough. I need a majority.«

— Scott Simon, Music Cues: Adlai Stevenson<sup>21</sup>

Eine vielgeforderte Offensivreaktion auf die aktuellen Schwächen der Demokratie ist der Vorschlag einer Ausweitung des Prinzips der Deliberation und Partizipation an der Politik. Partizipative Demokratie bildet einen Überbegriff zahlreicher Demokratieformen, welche im Kern die Idee der *Direktheit* der Beteiligung der Bürger am Regieren, als auch die *Deliberation* bei der politischen Willensbildung gemein haben.<sup>22</sup>

Durch den Ausbau der In- und Throughput-Legitimität fordern sie eine Regierungsform, »[...] in welcher die gesellschaftlichen Entscheidungsfindungen aus der wirksamen und gleichen Partizipation aller Gesellschaftsmitglieder hervorgehen.«<sup>23</sup> Kurzum: Das Volk soll entscheiden, und was es entscheidet, ist Programm. Zahlreiche Akteure unterschiedlicher politischer Spektren genießen mit Forderungen nach mehr politischer Partizipation eine breite Zustimmung innerhalb der Bevölkerung.

Ausgangspunkt der Argumentation der Befürworter dieses Modells ist, dass durch das Ermöglichen der direkten Partizipation am umweltpolitischen Diskurs, die *wahren Interessen* der aufgeklärten Bürger zum Vorschein gebracht werden können, welche bereits über das notwendige Wissen und den notwendigen Willen für eine adäquate Klimapolitik aufweisen und diese Bestrebungen bislang nur aufgrund von *zu wenig* Demokratie keine Realisierung erfahren haben. Dabei bilden die kapitalistischen Interessen, die über den Kanal des Lobbyismus die Bedürfnisse der Bevölkerung verzerren, als auch ein generelles Misstrauen über die Gemeinwohlorientierung der Politiker, die Basis der Kritik am bestehenden Format.<sup>24</sup> Durch den Ausbau der Einflussnahme soll den Bürgern eine erhöhte Verantwortung zugesprochen werden, worauf in Folge auch die Bereitschaft steigen soll, sich an Lern- und Ausbildungsprozessen zu beteiligen, »[...] durch welche die Bürger mehr Wissen und Sensibilität sowohl für die eigenen wie auch für die Interessen anderer erlangen [...]«<sup>25</sup>

---

<sup>21</sup> Scott, 2000, www

<sup>22</sup> Vgl. Fuchs, 2004, S. 35

<sup>23</sup> Lindner, 1990, S. 15

<sup>24</sup> Vgl. u.a. Kirchgässner, Schneider, 2002, S. 389. Gebhart, 2002, S. 8. Geißler, 2014 S. 123-129

<sup>25</sup> Schmidt, 2010, S. 173

Dabei wird von den Befürwortern davon ausgegangen, dass eine schlummernde *Weisheit der Vielen*<sup>26</sup> oder eine Art *kollektive Intelligenz*<sup>27</sup> existiert, welche durch die Miteinbeziehung möglichst vieler Bürger in den politischen Diskurs aufgedeckt werden kann. Diese Begründungen werden gerne mit mathematischen Sätzen wie dem *Wunder der Aggregation*, dem *Condorcet Jury Theorem* oder auch dem *Hong-Page Theorem* unterlegt. All diesen Argumenten gemein ist die Überzeugung, dass durch eine größere Zahl an teilnehmenden Personen bei der Lösung eines Problems die Wahrscheinlichkeit steigt, dass die beste Option gefunden wird.<sup>28</sup>

Mit der Realität haben diese Modelle allerdings nur wenig gemein, da sie von wirklichkeitsfernen Grundvoraussetzungen ausgehen, welche kaum einer empirischen Prüfung standhalten. So argumentiert etwa das vielzitierte *Wunder der Aggregation*, dass sich bei großen Zahlen die unterschiedlichen, aber normalverteilten Irrtümer einander ausgleichen, und die wenig informierten Stimmen schlussendlich dazu führen, dass die *bessere* Entscheidung getroffen wird.<sup>29</sup> Allerdings ignoriert dies die Tatsache, dass Bürger alles andere als ausgewogenen Irrtümern unterliegen, sondern diese in der Regel stark systematisch in eine Richtung verzerrt sind.<sup>30</sup> Überhaupt unterliegen Menschen zahlreichen kognitiven Verzerrungen. So werden etwa Zukunftsrisiken wie die des Klimawandels konsequent unterschätzt und die Dringlichkeit unmittelbar erlebbarer Ereignisse überschätzt. Medienpräsenste Themenfelder werden überproportional wahrgenommen und dabei parallel verlaufende Probleme schnell verdrängt. Informationen meist so ausgewählt, dass diese bestehenden Standpunkte festigen und nicht verändern, Meinungen meist unreflektiert aus dem Umfeld übernommen, kausale Zusammenhänge gebildet wo keine sind, Zahlen und Fakten kaum verstanden, Ereignisse oft nach ihrer relativen Veränderung bewertet und nicht nach ihrer Absoluten, Vergangenes schnell vergessen, Misserfolge schnell verdrängt, das eigene Können überschätzt und die Kompetenzen anderer unterschätzt usw.<sup>31</sup> All diese psychologischen Faktoren führen mitunter dazu, dass es für den Einzelnen nach wie vor möglich ist, den Klimawandel als Problem zu ignorieren oder gar komplett zu leugnen.

Da die Effekte des Klimawandels oft ort- und zeitversetzt auftreten, ist dieser in den meisten Fällen weder kognitiv direkt zugänglich noch physisch unmittelbar erlebbar. Da Klimaemissionen unbekannte Feedback-Loops nach sich ziehen und deren Rückkoppelungen selbst von

---

<sup>26</sup> Surowiecki, 2007

<sup>27</sup> Landemore, 2013

<sup>28</sup> Vgl. Brennan, 2016, S. 173ff

<sup>29</sup> Vgl. Willke, 2016, S. 46

<sup>30</sup> Caplan, 2011

<sup>31</sup> Vgl. u.a. Kahnemann, 2012. Brennan, 2016. Willke, 2016.

Experten nicht vollständig verstanden werden können, bezweifeln zahlreiche Skeptiker, dass es durch eine Ausweitung der Partizipation auf diesem Gebiet zu einer effektiveren Klimapolitik kommen würde.<sup>32</sup>

Außerdem lohnt es sich in bevölkerungsreichen Staaten für den Einzelnen kaum, sich intensiv mit einer Thematik auseinanderzusetzen, um zu einer fundierten Meinung zu gelangen, da die Wahrscheinlichkeit, dass die eigene Stimme bei den Wahlen schlussendlich das *Zünglein an der Waage* darstellen wird, extrem klein ist. »*Democracy empowers each person with an equal basic share of political power. Put this is a small share indeed. Because the share is so small, citizens have little incentive to use their power responsibly.*«<sup>33</sup>

Die Effektivität der politischen Steuerung misst sich in Bezug auf den Klimawandel u.a. danach wie gut es ihr gelingt dem erklärten Ziel einer Dematerialisierung beizutragen.<sup>34</sup> Dies kann am ehesten durch den Konsumverzicht realisiert werden, welcher in einer Gesellschaft deren Identitätskonzepte maßgeblich an Konsum gebunden sind – *I Shop therefore I am* – kaum schmackhaft gemacht werden kann. Zudem bietet ein Konsumverzicht für den Einzelnen kaum erfahr- und nachvollziehbare Belohnungen, da dieser zu keiner direkt zurechenbaren, erleb- baren Verbesserung der Umwelt beiträgt. Dadurch verbleibt nur das negative Erlebnis des Verzichts.<sup>35</sup> Zu hoffen, dass durch ein Mehr an Bildung der Konsum abnimmt, kann in Anbe- tracht der Tatsache, dass sich jene Gesellschaftsschichten die bereits als gebildet, politisch informiert und mobilisiert gelten, sich durch einen überdurchschnittlich hohen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck auszeichnen, als ebenso wenig aussichtsreich bewertet werden.<sup>36</sup>

Effizienz hingegen bemisst sich daran, wie gut und schnell und zu welchen volkswirtschaftli- chen Kosten eine Konsensfindung und die anschließende Umsetzung notwendiger Maßnah- men durchgesetzt werden kann. Der kritische Punkt dabei stellt den Umgang des verfügbaren Wissens dar, da nur Fachwissen wegweisende Maßnahmen für einen ökologischeren Pfad bieten kann. Die Hoffnung, dass das bestehende Wissen durch ein *mehr* an Demokratie zur Grundlage politischer Entscheidungsprozesse avanciert, verbleibt bei genauerer Analyse al- lerdings eine Illusion. Da die Diskussion rund um die Ursachen, Folgen und Bekämpfungs- maßnahmen des Klimawandels von zahlreichen unterschiedlichen und hochspezialisierten Ressorts bearbeitet werden, ist die Annahme, dass ein Durchschnittswähler zu einem qualifi- zierten Gesamtüberblick gelangen kann, reine Fantasie.

---

<sup>32</sup> Lafferty, Meadowcroft, 1996, S. 6ff

<sup>33</sup> Brennan, 2016, S. 52

<sup>34</sup> Vgl. Hinterberger, Luks, Stewen, 1996, S. 107

<sup>35</sup> Welzer, 2008, S. 30

<sup>36</sup> Vgl. Blühdorn, 2013, S. 247

Dies ist nicht zuletzt dadurch begründet, dass mit jedem Zugewinn an Wissen, simultan auch immer neues Nichtwissen miterzeugt wird. Denn »*die Produktion von Wissen konvergiert nicht, wie die Aufklärung erwartet hatte, zur unumstößlichen Wahrheit, sondern zu komplementärem Nichtwissen an den vielen Rändern des Wissens.*«<sup>37</sup> Nachdem der Klimawandel für sich in seiner Totalität nicht verstanden werden kann, sich die Menschen in einer partizipativen Demokratie in zahlreichen anderen komplexen Themenfelder ebenfalls informieren müssten, ist die Hypothese, dass es durch Deliberation und Partizipation der Massen zu vernünftigen Wahlentscheidungen kommen wird, ausschließlich in Hoffnung begründet. So würde eine weitere Miteinbeziehung der Bürger geradezu die Türe für den Populismus weiter öffnen, welcher mit einfachen Patentrezepten oder Leugnungen des Klimawandels einer geeigneten Umweltpolitik entgegensteuert.<sup>38</sup>

Es kann somit davon ausgegangen werden, dass der Versuch der Maximierung der Inputlegitimität durch die Integration der Bürger in den politischen Diskurs, auf Kosten einer effizienten und effektiven Klimapolitik gehen würde, wie etwa eine Studie in der Schweiz gezeigt hat.<sup>39</sup>

Die Idee einer partizipativen Demokratie, in welcher Menschen zusammenkommen, um Ideen und Probleme zu diskutieren, pro und contra Argumente gegeneinander abwägen, einander zuhören und offen für alternative Vorschläge sind, mag auf der Polis oder am Dorfplatz in der Schweiz bei klar formulierbaren Problemen und einer überschaubaren Menge an Bewohnern und verständlichen Lösungsalternativen, die dem demokratischen Ideal am nächsten liegende Variante erscheinen.<sup>40</sup> Allerdings erweist sie sich in einer funktional differenzierten, hochspezialisierten, bevölkerungsreichen Gesellschaften in Anbetracht hochkomplexer Themengebiete wie dem Klimawandel als wenig vielversprechend.

---

<sup>37</sup> Vgl. Willke, 2013, S. 191

<sup>38</sup> »*Populismus zeichnet sich durch folgende Merkmale aus: Berufung auf den common sense, Anti-Elitarismus, Anti-Intellektualismus, Antipolitik, Institutionenfeindlichkeit sowie Moralisierung, Polarisierung und Personalisierung der Politik. Aus populistischer Sicht ist der gesunde Menschenverstand dem Reflexionswissen von Intellektuellen nicht nur ebenbürtig, sondern überlegen, weil er auf konkreter, lebensweltlicher Erfahrung beruhe, noch nicht vom Virus des modernen Skeptizismus infiziert sei und daher noch einen unverfälschten gesunden Zugang zu Recht und Wahrheit habe.*« - Priester, 2012, S. 4

<sup>39</sup> Vgl. Rohm, Wurster, 2016, S. 207

<sup>40</sup> Vgl. Brennan, 2016. S. 59f

### 3 Offensivreaktion II: Expertokratie

Ever since the beginning of modern science, the best minds have recognized that *"the range of acknowledged ignorance will grow with the advance of science."* Unfortunately, the popular effect of this scientific advance has been a belief, seemingly shared by many scientists, that the range of our ignorance is steadily diminishing and that we can therefore aim at more comprehensive and deliberate control of all human activities. It is for this reason that those intoxicated by the advance of knowledge so often become the enemies of freedom.  
— Friedrich August von Hayek<sup>41</sup>

Dass es durch eine verstärkte Miteinbeziehung der Bürger zu einer adäquaten, zukunftsfähigen Klimapolitik kommen wird, setzt voraus, dass eine Mehrheit der Bürger die Problematik erkannt und begriffen hat und darüber hinaus gewillt ist, die notwendigen Maßnahmen auch umzusetzen. Da dies in absehbarer Zeit, auf Basis der vorangegangenen Analyse, als nicht sehr wahrscheinlich eingeschätzt werden kann, dringend notwendige Maßnahmen aber pressieren und keine Zeit mehr für umfassende Lernprozesse der Bevölkerung zur Verfügung steht, drängt sich eine alternative Offensivreaktion in den Diskurs: Die Expertokratie.

Ausgangspunkt der Befürworter einer Herrschaft von Experten ist die Diagnose, dass sowohl Wähler als auch Politiker sich nicht in der Lage befinden, die Seriosität des Klimawandels zu begreifen. Kommt somit eine umweltpolitische Agenda zustande, welche suggeriert, dass der Klimawandel bis auf weiteres vernachlässigbar sei, sind die besser informierten Wähler, Minderheiten, zukünftige Generationen, der Wahl Ferngebliebene, Kinder, Migranten, im Ausland Lebende und alles was nicht Mensch ist und somit keine Möglichkeiten zur Stimmabgabe hat, die Leidtragenden.<sup>42</sup> Um diesem Dilemma entgegenzutreten, sollen Entscheidungen der Umweltpolitik somit nicht länger von schlecht informierten Politikern oder noch schlechter informierten Bürgern gefällt werden, sondern von aufgeklärten Experten.

Bereits Plato äußerte Bedenken, dass das Volk zu dumm, irrational und ignorant sei, um eine effektive und effiziente Regierungsarbeit zu leisten. Deshalb forderte er als Konsequenz eine Philosophenherrschaft, da nur diese in der Lage sei die Probleme zu begreifen und passende Maßnahmen zu treffen.<sup>43</sup>

Auf den Klimawandel bezogen, wurde die Forderung nach einer Herrschaft von Klimaexperten, im Zuge der Veröffentlichung der 1972 vom *Club of Rome* in Auftrag gegebene Studie *Die*

---

<sup>41</sup> Hayek, 1960/2011 S. 77f

<sup>42</sup> Vgl. Brennan, 2016 S. 9

<sup>43</sup> Vgl. Brennan, 2016. S. 14

*Grenzen des Wachstums*,<sup>44</sup> erstmals salonfähig gemacht.<sup>45</sup> Einige Autoren forderten auf Basis apokalyptischer Zukunftsentwürfen und einem pessimistischen Menschenbild, eine expertokratisch organisierte Regierungsform, da nur sie einen *bellum omnium contra omnes* um die zunehmend knapp werdenden Ressourcen zu vermeiden weiß.

Forderungen nach einer *Öko-Diktatur*, also einer Regierungsform bei welcher sich das Entscheidungsmonopol bei ein paar wenigen Experten befindet, sind, solange es zu keiner massiven Eskalation der klimatischen Bedingungen kommt, momentan allerdings nicht realistisch diskutierbar. Nicht zuletzt da die Demokratie in der westlichen Hemisphäre als emanzipatorische Errungenschaft angesehen wird, gilt diese als unverhandelbar und alternativlos.<sup>46</sup> Forderungen, dass Experten und nicht der Souverän maßgeblich für die Gestaltung der Umweltpolitik verantwortlich sein sollten, halten sich im Angesicht der Vorreiterrolle die China in Sache Klimapolitik einzunehmen scheint, jedoch in der Mitte der Diskussion.<sup>47</sup> Da China nur begrenzt auf die Zustimmung des Volks angewiesen ist und im Angesicht massiver Umweltproblemen die Dringlichkeit einer grüneren Wirtschaft erkannt hat, wird ihnen bei der Umsetzung der vorgenommenen Klimaschutzmaßnahmen Vieles zugetraut. Angekündigte Einschränkungen kulturell wichtiger, aber nachhaltigkeitsbedenklicher Konsumgüter wie Fleisch<sup>48</sup> oder treibstoffintensiver Autos<sup>49</sup> wären in westlichen Demokratien, aufgrund der Abhängigkeit der Parteien von der Stimmgunst der Wähler, nicht derart effizient durchsetzbar.

Als Konsequenz der bisherigen Handlungsunfähigkeit parlamentarischer Demokratien wird eine Entpolitisierung des Klimawandels gefordert. Da sich die Politik nach wie vor mit der Frage beschäftigt, ob der Klimawandel denn nun tatsächlich existiert, und wenn ja, ob er überhaupt negativ zu bewerten ist, auf Seiten der Umwelt aber bereits maßgebliche Veränderungen stattfinden, steigt die Forderung nach einer wissensbasierten Herangehensweise an die Thematik. Die Klimapolitik soll demnach nicht länger Teil des politischen Diskurses bleiben, welcher dem Kriterium der Mehrheit der Stimme des Volkes folgt, sondern auf einer rationalen Abwägung von Wissen und Fakten durch Experten basieren, denn »*The ocean is not Republican and it's not Democratic, all it knows how to do is rise.*«<sup>50</sup>

---

<sup>44</sup> Meadows et al. 1972

<sup>45</sup> Vgl. Blühdorn, 2013, S. 236

<sup>46</sup> Vgl. Blühdorn, 2013, S. 35

<sup>47</sup> Vgl. Hecking in DIE ZEIT vom 08.12.2016, www

<sup>48</sup> Vgl. Lee in DIE ZEIT vom 28.06.2016, www

<sup>49</sup> Vgl. Redaktion - DIE ZEIT vom 01.12.2016, www

<sup>50</sup> Levine, 2016

Dieser Ansatz führt unweigerlich zur Frage: Wer ist ein Experte? Wer sollte beispielsweise beim Landschafts- und Bodenschutz dazu qualifiziert sein, gesamtgesellschaftlich verbindliche Regeln aufzustellen? Ein Bauer der die Effizienz in den Vordergrund stellt, ein Agrarwissenschaftler der den Bodenschutz betont, ein Gesundheitsminister der vor allem auf die menschliche Gesundheit bedacht ist? Ein Ökonom der die Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund stellt etc.? Experte zu sein ist keine personale Eigenschaft oder Fähigkeit, sondern immer eine Zuschreibung die von jedem anders ausfallen kann. Meistens wird damit eine Person verbunden, welche mit sicherem und eindeutigem Wissen handelt, das ihm jederzeit kommunikativ und reflexiv zur Verfügung steht. Zudem definiert die Literatur einen idealtypischen Experten als jemanden der »[...] nicht allein durch Sonderwissen in Form fachspezifischer Kompetenzen charakterisiert, sondern durch seine Fähigkeit, Verbindungen zu anderen Wissensbeständen und Wissensformen herzustellen und die Relevanz des eigenen Wissens zu reflektieren.«<sup>51</sup> Doch auch diese Definitionen helfen an dieser Stelle nicht weiter, nach welchen Kriterien ein Expertengremium ausgewählt werden soll. Dazu kommt das permanente Risiko, dass es zum Machtmissbrauch kommt da die Frage nach *Quis custodiet ipsos custodiet?* – Wer wird die Wächter selbst bewachen? – ungeklärt bleibt.

Da sich die Natur als komplexes und dynamisches System weitgehend einer Rationalisierbarkeit und einem eindimensional wissenschaftlichen Zugang entzieht und deshalb kein *Philosopher King* oder Expertengremium in Aussicht ist, welches den Klimawandel in seiner Totalität versteht und die notwendigen Gegenstrategien parat hat *und* dabei die Anerkennungswürdigkeit des Volkes genießt, leidet eine Expertokratie zwangsläufig an mangelnder Input-Legitimität.<sup>52</sup> Da die Maßnahmen nicht länger vom Willen des Volkes ableitbar sind, ist es nur eine Frage der Zeit bis zur politischen Resignation des Volkes. Damit eine Gesellschaft sich zu einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft transformieren kann, bedarf es aber an Legitimität, da nur durch die Anstrengungen des Kollektivs dem Klimawandel entgegengesteuert werden kann.

Die Hoffnung, dass es durch eine effizientere und effektivere Klimapolitik zu mehr Output-Legitimität kommen wird, ist unwahrscheinlich. Nicht zuletzt da Umweltschutzmaßnahmen oft an negative Erlebnisse wie Konsumverzicht, Ansteigen der Preise oder strengerer Kontrollen mit sich ziehen, gleichzeitig aber kaum direkt zurechenbare Benefiz unmittelbar erlebt werden können.

Der Zugewinn an Effizienz und Effektivität, wird bei einer Expertokratie somit auf Seiten der In-, Through und schlussendlich auch Output-Legitimität eingebüßt.

---

<sup>51</sup> Vgl. Bogner, Littig, Menz, 2014, S. 14

<sup>52</sup> Vgl. Hinterberger, Luks, Stewen, 1996, S. 128

Im vorherigen Kapitel wurde erörtert, dass die partizipative Demokratie Legitimität über Effizienz und Effektivität stellt, in der Hoffnung das die *Weisheit der Vielen* letztendlich für gute Ergebnisse sorgt. Es hat sich gezeigt, dass diese Annahme kaum haltbar ist und nur die Türe zum Populismus weiter öffnet. Die Expertokratie versucht genau das Gegenteil zu tun, indem sie Effizienz und Effektivität über die Legitimität stellt, in der Zuversicht das *gute Ergebnisse* letzten Endes für Legitimität sorgen.<sup>53</sup> Aber auch diese Idee scheint in Sache Klimapolitik kaum haltbar, da *gute Ergebnisse* für den Einzelnen kaum nachvollzogen werden können.

Eine politische Steuerung des Klimawandels, welche an das Mehrheitsprinzip gekoppelt wird, ist somit für die aufgeklärte Minderheit gefährlich, da ihre Stimme zu wenig Gehör findet. Eine politische Steuerung die an Wissen gekoppelt ist und somit von Experten vernommen wird, ist gefährlich für die Mehrheit, da es einem Verlust ihrer emanzipatorischen Errungenschaft nach politischer Partizipation gleichkommt.<sup>54</sup>

Auch die Expertokratie bietet demnach keine vielversprechende Alternative zum Status quo der politischen Steuerung des Klimawandels.

#### 4 Symbiose: Dezentrierte Demokratie

Wissen ist wissen, Nichtwissen ist nicht wissen. Das ist Wissen.  
— Konfuzius

Die partizipative Demokratie maximiert Legitimität auf Kosten von Effizienz und Effektivität, ihr Konterpart, die Expertokratie, maximiert Effizienz und Effektivität auf Kosten der Legitimität. Die aktuelle dominierende Form der repräsentativen Demokratie scheitert an allen drei dieser Anforderungen. Zudem gelingt es keiner dieser Regierungsformen adäquat mit dem verfügbaren Wissen umzugehen. Die Erstvorgestellte erhält u.a. durch den Lobbyismus begünstigt, eine stark verzerrte, hochgradig selektive und intransparente Wissenseinspeisung. Offensivreaktion I scheitert am mangelnden Wissen des Volkes. Offensivreaktion II am Zwang zur Selektion einiger weniger Experten, welche nur einen Teilabschnitt des verfügbaren Wissens repräsentieren können.

Es soll nun geprüft werden, ob es durch eine Dezentrierung der Demokratie gelingen kann, die Vorteile der partizipativer Demokratie - *Herrschaft des Volkes* - und Expertokratie - *Herrschaft des Wissens* - in einem Zusammenspiel zum beidseitigen Vorteil - zur Symbiose - zu verbinden.

---

<sup>53</sup> Vgl. Van Reybrouck, 2016, S. 33

<sup>54</sup> Vgl. ebd. S. 43

Der Begriff *Dezentrierung* wurde von Helmut Willke aus der Entwicklungspsychologie ausgeliehen und beschreibt im Original den Entwicklungsschritt in welchem ein Kind den Egozentrismus überwindet und zu einer Selbstwahrnehmung *innerhalb* der Umwelt gelangt, welche nun ebenfalls als relevant wahrgenommen und verstanden werden kann.<sup>55</sup> Eine dezentrierte Demokratie nimmt sich somit nicht länger als die Mitte der Gesellschaft wahr, sondern versteht sich in ihre Umwelt, die sich aus zahlreicher anderer Funktionssystemen zusammensetzt, eingebettet. Revolutionär dabei ist die Idee, dass die Demokratie nicht länger an ihrem Grundanspruch festhält, dass nur politisch legitimierte Akteure gesamtgesellschaftlich verbindliche Regelungen erlassen dürfen, sondern auch ausgelagerte, nicht demokratisch legitimierte, aber demokratisch organisierte Fachresorts.<sup>56</sup>

Das Parlament soll dabei nicht länger versuchen alle Funktionssysteme durch Politisierung und Verrechtlichung in allen Einzelheiten top-down zu steuern, sondern diese an kompetente Fachresorts auslagern, die selbst dazu bemächtigt werden verbindliches Recht zu erlassen. Dem Parlament kommt dabei eine Supervisionsrolle zu, indem es die ausgelagerten Fachresorts koordiniert, unterschiedliche Akteure in die Fachinstitutionen integriert und den darin stattfindenden Diskurs moderiert. Das Parlament (Willke bezeichnet dies als *Oberhaus*) soll dabei weiterhin vom Souverän gewählt werden und über Grundsatzfragen abstimmen die keiner spezifischen Expertise bedürfen.<sup>57</sup>

Dieser Übergang definiert die Rolle der Demokratie neu, indem sie nicht länger primär als Herrschaftsmodell (*Government*) wahrgenommen wird, sondern ein Ordnungsmodell der Funktionssysteme (*Governance*) einnimmt und die Steuerung des verfügbaren (Nicht)Wissen als zentrales Moment innehält.<sup>58</sup>

Analysiert man bestehende Demokratien, so erkennt man, dass der Prozess der Dezentrierung teilweise bereits erfolgt ist. So wurden längst zahlreiche Fachbereiche entpolitisiert und mit dem Recht ausgestattet gesellschaftlich verbindliche Satzungen zu erlassen, da man zur Einsicht gekommen ist, dass weder das Parlament noch der Souverän dazu in der Lage ist in diesen Themengebieten vernünftige Entscheidungen zu treffen. So etwa wurde das Geld- und Kreditwesen an die Zentralbanken ausgelagert, die Normenkontrolle an die Verfassungsgerichte, fiskalische Prüfung an die Rechnungshöfe, Finanzregulierungen an Regulierungsinstitutionen abgegebene, usw.

---

<sup>55</sup> Vgl. Willke, 2016, S. 7

<sup>56</sup> Vgl. Kocka, Merkel, 2015, S. 15-19

<sup>57</sup> Vgl. Willke, 2014, S. 86ff

<sup>58</sup> Willke, 2007

All diesen Institutionen gemein ist die Tatsache, dass sie gesamtgesellschaftlich relevante Entscheidungen treffen, ohne dass sie jemals demokratisch durch den Souverän dazu legitimiert wurden. Doch gerade da sie unparteilich agieren und einer Absicht folgen, die alle Seiten eines Problems berücksichtigt und keine Selektion auf einige politisch verwertbare Teilaspekte vornehmen, erfreuen sich diese Institution an Legitimation die auf Expertise basiert.<sup>59</sup> Da Umweltpolitik bislang nicht in ein autonomes Fachresort ausgelagert wurde, unterliegt sie nach wie vor dem politischen Zirkus und ist somit dem Risiko normativ begründeter Leugnungen gnadenlos ausgeliefert wie es Donald Trump momentan beweist.

Da die Welt abseits des politischen Diskurses in vielen Teilen säkularisiert und verwissenschaftlicht ist, sieht sich auch die Politik zunehmend dazu gezwungen auf Basis kognitiven Evidenzen und nicht nach normativen Satzungen zu operieren. So weiß die Politik schon längst, dass sie auf die Hilfe zahlreicher nichtstaatlicher wissensbasierter Akteure wie Think Tanks, Unternehmen, NGOs, Stiftungen und Forschungsinstituten etc. angewiesen ist, ohne die sie nicht länger handlungsfähig wäre. »Die faktische Kraft der Normen schwindet, und die normative Kraft des Faktischen übernimmt die Regie.«<sup>60</sup> In der Öffentlichkeit hält sich allerdings der Schein, dass das Parlament, als Repräsentant der Stimme des Volkes, nach wie vor das Wissen und die Kontrolle über alle Problemlagen innehält, was in Anbetracht der Abhängigkeit von anderen Institutionen einer Selbstillusionierung gleicht die vom gesamten Volk geteilt wird.<sup>61</sup> Damit die Demokratie als gesellschaftliche Steuerungsinstanz zukunftsfähig bleiben kann, muss sie sich eingestehen, dass sie zunehmend zu einer *Simulation*<sup>62</sup> verkommen ist, da sie nicht über die notwendige Expertise für eine effiziente und effektive Steuerung aller Gesellschaftsbereiche verfügt.<sup>63</sup> Spätestens in Krisensituationen wird die Unfähigkeit der repräsentativen Demokratie zur politischen Steuerung am dramatischsten offenbart wie es etwa die Finanzkrise ab 2008 gezeigt hat. Da der politische Diskurs rund um den Klimawandel nach wie vor zwischen »*darin glauben und nicht darin glauben*« stattfindet, wird spätestens im Angesicht prognostizierter globaler Klimakrisen eine Umorientierung auf Fakten unerlässlich sein, wenn die Demokratie nicht der Bedeutungslosigkeit erliegen soll.

---

<sup>59</sup> Vgl. Gaus, 2012, S. 301

<sup>60</sup> Willke, 2016, S. 71

<sup>61</sup> Vgl. Willke, 2016, S. 43

<sup>62</sup> Blühdorn, 2013

<sup>63</sup> Vgl. Willke, 2016, S. 163ff

Fachwissen, Klimadaten und Lösungsvorschläge für eine gelingende Klimapolitik wären dabei längst verfügbar und werden zudem von unterschiedlichen Institutionen laufend im gigantischen Ausmaß produziert. Diese Expertise verbleibt allerdings bislang meist in den jeweiligen Funktionssystemen und findet außerhalb der eigenen Anwendung kaum an Bedeutung.

Eine dezentrierte Demokratie soll dieses bestehende Wissen in einer Fachinstitution zusammenführen, indem sie eine Arena zur Diskussion bereitstellt, an welcher die unterschiedlichen Akteure die an der Wissensproduktion beteiligt sind, dazu ermächtigt werden gesamtgesellschaftlich verbindliches Recht zu erlassen.

Der Vorschlag sich an Fakten zu orientieren führt meist reflexartig zum Einwand, dass im Zeitalter des Konstruktivismus keine objektive, also eine vom Beobachter unabhängig bestehende Realität existiert, nach welcher man sich orientieren könnte. Demnach behält es sich die positivistische Naturwissenschaft weitgehend vor etwas zu beweisen, sondern versucht lediglich auf Basis von Theorien, Beobachtungen, Experimenten und Simulationen etc. Wahrscheinlichkeiten für eine vorab aufgestellte Hypothese zu finden. Ein *objektiver* Beweis im Sinne eines sicheren kausalen Zusammenhangs zwischen den vom Menschen verursachten Emissionen und des Klimawandels aufzuzeigen, ist demnach nicht möglich und eröffnet Spielraum für Kritik am Expertenwissen.<sup>64</sup> Demnach besteht nicht nur die Möglichkeit, dass unterschiedliche Akteure die an der Wissensproduktion beteiligt sind zu unterschiedlicher Fazit kommen, sondern auch die Option, dass sich der gesamte Wissensapparat irrt oder falsch liegt und ein anthropogen verursachter Klimawandel gar nicht existiert. Dieser Skeptizismus gegenüber dem bestehenden Wissen bildet die Basis für die Missbilligung des Expertenwissens und lässt eine Orientierung an der Mehrheit des Volkes als die legitimere Variante dastehen.

Die Idee einer dezentrierten Demokratie setzt genau in der Mitte dieser beiden Ideen an und versucht eine *Mehrheit des Wissens* zu erörtern. Es soll also weder versucht werden, ein Expertengremium mit der Findung der perfekten Handlungsalternative zu beauftragen, noch soll sich die Politik blind nach der Mehrheit richten, sondern es soll sich nach der Mehrheit die aus dem Fachdiskurs entspringt orientiert werden. Dass ein Zusammenspiel zwischen Wissen und Mehrheit funktionieren kann, beweist das Funktionssystem der Wissenschaft seit hunderten Jahren, welche einer strukturellen Analogie zur Demokratie folgt: So konnte sich jede Abkapselung, Dogmatisierung und ins Extrem führende politische Strömung selten auf Dauer halten, da sie ihren Machtanspruch, im Angesicht sich verändernden Problemlagen, gegenüber der Mehrheit nicht mehr glaubhaft behaupten konnte und dieser daraufhin durch Kritik, Paradigmenwechsel und Revolutionen abgelöst wurde. Genau wie in der Wissenschaftstheorie. Eine

---

<sup>64</sup> Die Wahrscheinlichkeit, dass der globale durchschnittliche Temperaturanstieg der vergangenen 60 Jahre ohne die vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen genauso hoch gewesen wäre, beträgt Berechnungen zufolge 0,001 Prozent. – Vgl. Kokic, Crimp, Howden, 2014, S. 11

weitere Analogie betrifft den Prozess der Willensbildung: In einer idealtypischen Demokratie entspringt der Wille des Volkes aus der Debatte, welche durch Kontroverse, Diskurs, Vernunft und Deliberation gekennzeichnet ist. Das Wechselspiel zwischen Meinung und Kritik, Validierung und Verwerfung, Proposition und Revision der vorgebrachten Argumente ist kennzeichnend für einen gelungenen politischen Diskurs. Selbiges gilt für einen Wissenschaftlichen.<sup>65</sup>

Es soll in den Fachresorts also nicht darum gehen, die eine *objektive* Wahrheit nach der Ursache und Bekämpfungsmöglichkeiten des Klimawandels aufzudecken, sondern darum den aktuell verfügbaren Wissensstand zu nützen und in die Debatte einzubinden. Wenn demnach zu einem Zeitpunkt über neunzig Prozent aller teilnehmenden Akteure aus Wissenschaft, Think Tanks, Zivilgesellschaft, NGOs, Unternehmungen und Stiftungen zum Schluss kommen, dass der Klimawandel hauptsächlich anthropogen verursacht ist, ein extremes Zukunftsrisiko in sich birgt und eine Umweltpolitik fordert, welche sich am Vorsichtsprinzip orientiert, dann soll sich diese, frei nach der demokratischen Grundgesinnung nach der Orientierung der Mehrheit, auch durchsetzen.

Es kommt somit zur Symbiose zwischen der Dimension der Wissenschaft (Wahrheit), da sie von einer Pluralisierung der Expertise profitiert und dem Volk (Mehrheit), da es langfristig von besseren Entscheidungen profitiert.

Was die Kriterien des Zugangs und die Zusammensetzung der Fachresorts anbelangt, bleibt Willke relativ vage. So sollen die »[...] Zugangsbedingungen für diese Communities fair geregelt werden [...]«<sup>66</sup> und aus einem »[...] pluralistisch ausbalanciertem Gleichgewicht von Anspruchsgruppen [...]«<sup>67</sup> bestehen. Unklar dabei bleibt, was *fair* und *pluralistisch* in der Praxis bedeuten soll.

Ich schlage an dieser Stelle eine radikale Variante vor, welche sich am Prinzip von Wikipedia orientiert und *allen* Institutionen und Menschen die Möglichkeit zur Partizipation bietet. Das Parlament soll lediglich grundlegende Richtlinien und einen Verhaltenskodex der Fachresorts festlegen, an das sich alle Partizipierende halten müssen. Weiters tritt das Parlament als ehrlicher Makler bzw. Vermittler zwischen den (konkurrierenden) Zielvorstellungen der unterschiedlichen Fachresorts ein.<sup>68</sup> Ähnlich wie bei Wikipedia soll anschließend alles Weitere der Community überlassen werden, sodass jeder der davon überzeugt ist, eine qualifizierte Meinung zum einem Thema parat zu haben, die Möglichkeit bekommen soll, sich an der Diskussion zu beteiligen. Die Entscheidung, welche Interpretation schlussendlich eine Mehrheit der

---

<sup>65</sup> Vgl. Willke, 2016, S. 20

<sup>66</sup> Willke, 2016, S. 50

<sup>67</sup> Willke, 2014, S. 147

<sup>68</sup> Willke, 2016, S. 145

Community hinter sich versammeln kann, richtet sich, genau wie bei Wikipedia, nach der Qualität des Arguments und den vorgebrachten Evidenzen und nicht nach normativen Satzungen. Durch neu eingebrachte Erkenntnisse oder sich verändernde Umstände kann jede Diskussion laufend fortgeführt werden und einen Richtungswechsel einschlagen. Die Kritiken und Einwände werden dabei ebenso veröffentlicht, sodass sie jederzeit von allen für eine kritische Durchsicht zur Verfügung stehen. Der Prozess der Wissensgenerierung wird demnach für die breite Bevölkerung zugänglich gemacht und nicht das Wissen selbst. Als Folge kann vom Bürger klar nachvollzogen werden, wer welche Expertise aus welchen Gründen beiträgt und wer welche Expertise nutzt, um seine Entscheidungen zu legitimieren.<sup>69</sup>

Einem ähnlichen, aber nicht ganz so offenen Prinzip wie Wikipedia folgt bereits der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), welcher unter dem Dach des UN-Umweltprogramms (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) dafür zuständig ist, das bestehende Wissen rund um die Ursachen und möglichen Folgen und Bekämpfungsstrategien des Klimawandels aus unterschiedlichen Disziplinen zusammenzutragen und in regelmäßigen Zyklen in einem Sachstandsbericht der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der IPCC betreibt dabei selbst keine Forschung und bezahlt keine Gehälter aus, sondern bietet lediglich eine Plattform an, auf welcher sich Forscher aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen zusammenfinden sollen. Bei der Verfassung des fünften Sachstandsberichtes nahmen mehr als achthundert Autoren teil, welche nach unterschiedlichen Kriterien aus über dreitausend freiwillig gemeldeter Wissenschaftlern aus 194 Mitgliedsländern ausgewählt wurden. Zudem waren über eintausend Experten an der Überprüfung des Reports beteiligt, welcher schlussendlich, trotz der ungeheuren Menge an ausgewerteten Daten und über 9.200 zitierten wissenschaftlichen Quellen, für Entscheidungsträger leicht zugänglich aufgearbeitet wurde.<sup>70</sup> Zudem sind alle Kritiken, Methoden, Protokolle von Sitzungsberichten, etc. frei zugänglich gemacht und die vorgebrachten Einwände argumentativ kommentiert aufgrund welcher Entscheidungen diese schlussendlich (nicht) in den Bericht aufgenommen wurden.<sup>71</sup> Selbstverständlich wurden auch beim IPCC Kritiken laut, so etwa dass es durch Gruppenzwang kaum möglich sei eine skeptische Haltung gegenüber dem Klimawandel zu vertreten<sup>72</sup> und das Klimadaten teilweise manipuliert wurden um konform zu sein.<sup>73</sup> Allerdings wurde auch beim IPCC offen

---

<sup>69</sup> Willke 2015, S. 41ff

<sup>70</sup> Pachauri, IPCC, Fünfter Sachstandsbericht - Synthesis Report, 2014

<sup>71</sup> Siehe dazu auf der Website des IPCC: [http://www.ipcc.ch/organization/organization\\_review.shtml](http://www.ipcc.ch/organization/organization_review.shtml)

<sup>72</sup> Der Klimaforscher Lennart Bengtsson wechselte im Frühjahr 2014 kurz ins Lager der Skeptiker, bevor er aufgrund des starken Gruppenzwangs wieder zurückschwenkte. Vgl. dazu Bojanowski in SPIEGEL ONLINE vom 14.05.2014, [www](http://www.spiegel.de)

<sup>73</sup> So etwa wurden durch einen Hackangriff E-Mails veröffentlicht, in welchen eine bewusste Manipulation von Daten diskutiert wurde. Vgl. dazu Bojanowski in SPIEGEL ONLINE vom 03.05.2010, [www](http://www.spiegel.de)

mit dieser Kritik umgegangen und unabhängige Untersuchungskommissionen mit der Klärung dieser Verwürfe beauftragt. Der IPCC wird nach wie vor von zahlreichen Akteuren als glaubwürdigste und fundierteste Darstellung des Forschungsstandes des Klimawandels angesehen, da eine *Verschwörung* oder eine bewusste Manipulation bei einer derart großen, heterogenen Forschungsgruppe als sehr unwahrscheinlich eingeschätzt werden kann.<sup>74</sup>

Wikipedia und das IPCC zeigen, dass a.) durch die Möglichkeit zur freiwilligen Partizipation keine Menschenmassen angelockt werden die über keinerlei Expertise verfügen, da diese im Vorhinein wissen, dass sie aufgrund mangelnder evidenzbasierter Argumente ihren Standpunkt nicht durchsetzen werden können. b.) Die Möglichkeiten zur Verzerrung des Wissensstandes durch Interessenvertreter stark limitiert sind, da die Chance zur Korruption simultan mit der Größe der Community sinkt. Dass c.) obwohl ein breiter Teil der Bevölkerung nicht am Prozess der Entscheidungsfindung beteiligt ist Legitimität innerhalb der Zivilbevölkerung erwartet werden kann, da permanent die Möglichkeit zur Partizipation oder Einsichtnahme am Diskurs besteht. Und d.), dass selbst bei äußerst kontroversen Themengebieten, die von unterschiedlichsten Akteuren behandelt werden, Konsenslösungen gefunden werden können.

Kontrolliert man eine dezentrierte Demokratie auf die kritischen Parameter politischer Steuerung des Klimawandels auf Legitimität, Effektivität und Effizienz erhält man im Vergleich zu den alternativ diskutierten Formen politischer Steuerung ein vielversprechendes Resultat:

Es wurde festgehalten, dass Input-Legitimität durch Partizipationsmöglichkeiten geschaffen wird. Throughput-Legitimität durch Transparenz der Prozesse. Output-Legitimität durch die Nachvollziehbarkeit und Qualität der Ergebnisse. Die Qualität der Ergebnisse bemisst sich wiederum an deren Effektivität und Effizienz.

Dadurch, dass die Bevölkerung in einer dezentrierten Demokratie jederzeit die Möglichkeit haben, sich bei Betroffenheit, Interesse oder Wunsch direkt und aktiv an der Gestaltung von herrschendem Recht zu beteiligen, kann der Grad an zu erwartender Input-Legitimität als hoch eingeschätzt werden. Ebenso sollte durch die Offenlegung des Diskurses Throughput-Legitimität erreicht werden können, da Satzungen nicht länger durch intransparente Expertengremien die sich hinter dem Parlament verstecken erzeugt werden, sondern im offenen, transparent gemachten Diskurs. Output-Legitimität in Sache Umweltschutz zu erreichen, ist aufgrund der schwer nachvollziehbaren Zusammenhänge und der Unpopularität der notwendigen Maßnahmen wie Ansteigen der Preise oder Konsumverzicht auch in einer dezentrierten Demokratie nur schwer erreichbar. Da sich die westliche Welt jedoch zunehmend verwissenschaftlicht und in vielen Bereichen wie etwa in der Medizin oder Technik kognitiven Normen und nicht

---

<sup>74</sup> Vgl. Rahmstorf, Schellnhuber, 2012, S. 88

normativen Satzungen vertraut, besteht die Möglichkeit, dass die Bereitschaft zur Anerkennung einer Klimapolitik, welche sich durch Evidenzen und nicht kognitive Normen begründet, steigen wird.

Die große Stärke einer Umweltpolitik die aus Fachwissen und nicht aus Meinung entspringt, stellt ihre Effektivität dar. Da eine effektive Klimapolitik sowohl vom institutionellen rechtlichen Rahmen abhängig ist, als auch von den Handlungen der einzelnen Bürger, effektiviert sich eine dezentrierte Demokratie zudem aus der Legitimation der Bevölkerung, da diese eher dazu bereit wäre ein umweltkonformes Verhalten zu internalisieren, wenn die Forderungen aus demokratischen Fachresorts abgeleitet werden und nicht von intransparenten Expertengremien entspringen.

Effizienz scheint die größte Schwäche einer dezentrierten Demokratie zu sein, da Streitgespräche zeit- sowie ressourcenaufwendig als auch ermüdend sein können und schnelle Ergebnisse kaum zu erwarten sind. Nimmt man aber eine langfristige Perspektive ein und bezieht mögliche Folgekosten einer unterlassenen Klimapolitik mit in die Berechnung ein, dann dürfte eine dezentrierte Demokratie auch dem Kriterium der Effizienz bestehen.<sup>75</sup>

## 5 Fazit

Die Diskussion ist der Anstoß, auf dem der Funke der Wahrheit geschlagen wird.

— Sprichwort aus England

Sowohl das Volk als auch das Wissen erheben den Anspruch die Grundlage politischer Steuerung zu bilden. In der partizipativen Demokratie hält das Volk das Monopol, in der Expertokratie das Wissen. Die repräsentative Demokratie zeichnet sich durch Machtlosigkeit auf allen Ebenen aus. Machtlosigkeit der Bürger gegenüber der Regierung, der Regierung gegenüber Europas, und Europas gegenüber der Welt.<sup>76</sup> Der Klimawandel, als globales Phänomen mit globalen Folgen, stellt die an den Nationalstaat gebundene Demokratie vor eine Bewährungsprobe. Bislang äußert sich die repräsentative Demokratie aufgrund ihrer kurzfristigen Orientierung an Wahlzyklen, ihrer territorialen Begrenztheit an den Nationalstaat, ihrer Abhängigkeit von Wählerstimmen und der damit verbundenen mangelnden Möglichkeit zur Einschränkung des Konsums, ihrer Beeinflussbarkeit durch gut organisierte Interessensverbände und der Verteilung zur Externalisierung von Umweltkosten eher als Teil des Problems, als weniger als Teil der Lösung der Klimaproblematik.

---

<sup>75</sup> Demnach könnten durch eine aktive Klimapolitik bis 2050 Schäden in der Höhe von 250 Billionen USD vermieden werden. – Vgl. Kemfert, Praetorius, 2005, S. 134

<sup>76</sup> Vgl. Van Reybrouck, 2016, S. 21

Als mögliche Offensivreaktion, um eine adäquate Umweltpolitik zu gewährleisten, wurde eine Ausweitung der Partizipation und Deliberation der Bevölkerung diskutiert, deren Befürworter davon ausgehen, dass »*Even if different subsets of experts might know best on distinct issues, all things equal otherwise the group will generally know better across the board.*«<sup>77</sup> Allerdings setzt dies voraus, dass die Bürger einigermaßen wissen worüber sie abstimmen, was im Angesicht der Komplexität des Klimawandels, mit nicht-linearen Systemen und unbekanntem Rückkoppelungen die orts- und zeitversetzt auftreten und den Umgang mit hoch spezialisiertem Wissen erfordert welches in unterschiedlichsten *centers of Expertise* laufend produziert wird, nicht mehr gegeben ist.<sup>78</sup> Eine Ausweitung der Partizipations- und Deliberationsmöglichkeiten würde demnach eher dazu führen, dass die Bevölkerung einen Ausweg in den simplen Formen des Populismus suchen wird, welcher bereits jetzt die Demokratie gefährdet. Je mehr Wähler demnach in den Diskurs eingebunden werden sollen, desto simpler müsste die Politik werden, wenn der Wählerwille tatsächlich eine Rolle spielen soll.<sup>79</sup>

Auch die Forderungen nach Bildung, Aufklärung und Diskurs sind demnach wenig vielversprechend, denn »*[...] ein noch so intensiver Diskurs unter Blinden macht nicht sehend.*«<sup>80</sup> Da die Bevölkerung zudem systematischen Irrtümern und kognitiven Verzerrungen unterliegt, zeigt sich, dass kognitive Vielfalt alleine nicht ausreicht, um zum *besten Ergebnis* zu gelangen, denn die »*Aggregation von Nichtwissen führt nicht zu Wissen.*«<sup>81</sup>

Da die Ausweitung des Prinzips nach Partizipation und Deliberation sich als wenig vielversprechend darstellt - »*A bigoted majority may be as dangerous to free thought as the heavy hand of a dictator*«<sup>82</sup> - fordern Anhänger einer Expertokratie einen »*[...] empirical and scientific approach, putting aside the questions of values, at least temporarily, to find instead what is possible given the natural laws that govern our planet.*«<sup>83</sup> Klimapolitik soll demnach nicht länger vom Willen des Volkes abhängig gemacht werden, sondern sich nach den Einschätzungen eines Expertengremiums richten, da nur so eine globale Klimakatastrophe vermieden werden kann - »*Injustice is preferable to total ruin.*«<sup>84</sup> - lautet demnach die geforderte Devise. Da sich *Die Grenzen des Wachstums* bislang als unzureichend begründet erwiesen haben und ein

---

<sup>77</sup> Landemore, 2012, S. 10

<sup>78</sup> Vgl. Willke, 2016, S. 19

<sup>79</sup> Vgl. Willke, 2016, S. 46

<sup>80</sup> Willke, 2016, S. 47

<sup>81</sup> Willke, 2016, S. 54

<sup>82</sup> Boas, 1939, S. 1

<sup>83</sup> Ophuls, 1977, S. 12

<sup>84</sup> Hardin, 1968, S. 1246

ignorieren oder auslagern der Auswirkungen des Klimawandels nach wie vor möglich ist, sind derartige Forderungen allerdings (noch) nicht diskutabel. Zudem bleibt die Frage nach dem Selektionskriterium eines Expertengremiums offen, da dieses niemals die Bandbreite der sozioökonomischen und ökologischen Auswirkungen des Klimawandels abdecken kann.

Eine dezentrierte Demokratie versucht den beiden Ansprüchen *Herrschaft des Volkes* und *Herrschaft des Wissens* zur Symbiose – also zu einem Zusammenleben zu beidseitigem Vorteil – zu verbinden.

Dabei soll unter dem Dach eines durch den Souverän bestätigten Parlaments, unterschiedliche Fachresorts ausgelagert werden, von welchen eines die Problematik des Klimawandels behandelt, welche dazu ermächtigt werden gesamtgesellschaftlich verbindliche Satzungen zu erlassen. Die Verfahrenskriterien, die Habermas für eine deliberative Demokratie gefordert hat, können als Grundlage für den Zugang und die Diskussion in den Fachresorts angesehen werden.<sup>85</sup>

- i. Die Diskussion basiert auf Argumenten, also auf dem Austausch von Informationen die aus kognitiven Evidenzen entstammen und nicht aus normativen Satzungen.
- ii. Die Diskussion ist öffentlich; niemand darf ausgeschlossen werden.
- iii. Die Diskussion ist frei von externen Zwängen. Es muss sich lediglich an Verfahrensregeln und Richtlinien gehalten werden, welche vom Parlament bestimmt und kontrolliert werden.
- iv. Die Diskussion ist frei von internen Zwängen. Jeder hat die gleiche Chance gehört zu werden, Themen einzubringen, Vorschläge zu machen und Bestehendes zu kritisieren.
- v. Die Diskussion zielt allgemein auf ein rational motiviertes Einverständnis ab und kann unbegrenzt fortgesetzt werden.

Anders als es die partizipative Demokratie wünscht, soll nicht versucht werden möglichst viele ahnungslose Bürger in den Diskurs einzubinden, sondern diejenigen die über Wissen verfügen eine Plattform bereitgestellt werden, welche über den Kanal der Debatte zu Konsenslösungen gelangen sollen. Anders als die Ergebnisse des IPCC sollen diese nicht in der gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit verenden, sondern in herrschendem Recht Niederschlag finden. Das treibende Moment soll also, anders als dies in einer Expertokratie der Fall wäre, nicht das Ziel sein eine alleserklärende Theorie, einen Ansatz, ein Risikomodell oder ein Paradigma zu finden, welches eine ideale Klimapolitik suggeriert, sondern der Streit, die Kritik, der Dissens, die Basis der Debatte darstellen, aus welcher sich durch die Mehrheitsfindung der am Prozess beteiligten Parteien ein überlegter, reflektierter Standpunkt ableiten lässt.<sup>86</sup>

---

<sup>85</sup> Vgl. Habermas, 1992, S. 370f

<sup>86</sup> Vgl. Helmut Willke im Gespräch mit Thorsten Jantschek, 16.07.2016, www

Politische Steuerungsfähigkeit bemisst sich daran wie hoch ihr Grad an Legitimation innerhalb der Bevölkerung ausfällt, als auch wie effizient und effektiv die gesetzten Handlungen zu der antizipierten Zielerreichung beitragen kann.

**Abbildung 1: Zu erwartende Legitimität, Effizienz und Effektivität unterschiedlicher Regierungsformen bei der politischen Steuerung des Klimawandels.**

	<i>Repräsentative Demokratie</i>	<i>Partizipative Demokratie</i>	<i>Expertokratie</i>	<i>Dezentrierte Demokratie</i>
<i>Input-Legitimität</i>	○	+	–	+
<i>Throughput-Legitimität</i>	–	+	–	+
<i>Output-Legitimität</i>	○	○	○	○
<i>Effizienz</i>	○	–	+	○
<i>Effektivität</i>	–	–	○	+

Vergleicht man die vorgestellten Alternativen auf die kritischen Parameter politischer Steuerung, zeigt sich, dass es ihr gelingt allen Kriterien nachzukommen, ohne dabei massive Trade-offs eingehen zu müssen.

Selbstverständlich ist das Konzept einer Dezentrierung der Demokratie nicht frei von Kritik: Da die Partizipation in den Fachresorts zeit- und ressourcenaufwendig ist, eine finanzielle Entschädigung dem Grundgedanken der freiwilligen Partizipation widerspricht, ist davon auszugehen, dass die Möglichkeiten zur Partizipation auch hier ungleich verteilt sein werden und es somit wiederum Spielraum für Verzerrungen öffnet. Zudem ist nicht jeder in der Lage seine Bedürfnisse zu artikulieren und hat dadurch keine Möglichkeit seinen Willen kund zu tun. Dadurch, dass die Debatte transparent gemacht wird, kann zudem erwartet werden, dass die Bereitschaft eine unpopuläre Meinung zu vertreten sinken wird, da man diese nicht länger über anonymen Weg in den Diskurs einspeisen kann. Unklar verbleibt auch, welche politischen Fragestellungen nach keiner spezifischen Expertise verlangen und weiterhin dem Bürger zugeordnet werden können. Ebenso unbeantwortet bleibt die Frage, nach welchen Kriterien das Parlament konkurrierende Interessen der einzelnen Fachresorts gegeneinander abstimmen soll. Diese und weitere Fragen gilt es ebenfalls in der Debatte zu beantworten.

Die repräsentative Demokratie operiert nach der am besten in Wählerstimmen verwertbare Geschichte, welche in einer Konsumgesellschaft selten einer Erzählung von Verzicht und Askese folgt. Die partizipative Demokratie folgt den aufaggregierten individuellen Wahrnehmung der Bürger, welche aufgrund kognitiver Limitationen in der Regel stark verzerrt sind und nicht in der Lage sind den Klimawandel zu begreifen. Die Expertokratie unterliegt der Wirklichkeitskonstruktion einiger weniger Experten, welche nur ein enges Spektrum des verfügbaren Wissens repräsentieren können und somit der Gefahr der Dogmatisierung unterliegen. Die dezentrierte Demokratie operiert nach dem aktuell besten Argument, dass durch Mehrheitsfindung im Diskurs aufgespürt wird. Dies ermöglicht der Demokratie die Expertise die sie am dringendsten benötigt, nämlich Lern- und Innovationsfähigkeit.<sup>87</sup>

Wie einst die direkte Demokratie der Polis in Anbetracht der Entstehung von Flächenstaates den Übergang zur repräsentativen Demokratie meistern musste, so soll sie sich die Demokratie in Anbetracht globaler Systeme (Weltwirtschaftssystem, Weltfinanzsystem, Weltwissenschaftssystem, Weltverkehrssystem etc.) und globalen Herausforderungen (Klimawandel, Migrationswellen, Finanzkrisen etc.), zu einer dezentrierten Demokratie weiterentwickeln, da diese eher in der Lage wäre mit der Komplexität, Intransparenz, Wissensintensität und Ungewissheit der Moderne umzugehen.<sup>88</sup>

---

<sup>87</sup> Vgl. Willke, 2005, S. 61

<sup>88</sup> Vgl. Willke, 2016, S. 31

## Literaturverzeichnis

- BLATTER, Joachim; 2009. *Efficiency and Democracy: Reconstructing the Foundation of a Troubled Relationship*. In *Search Of Legitimacy. Policy Making in Europe and the Challenge of Societal Complexity*. Opladen, Farmington Hills, MI, S. 51-71.
- BLINDER, Alan S; 1987. *Hard heads, soft hearts: Tough-minded economics for a just society*. Basic Books.
- BLÜHDORN, Ingolfur; 2007. JUN, Uwe. *Economic efficiency-democratic empowerment: contested modernization in Britain and Germany*. Lexington Books, 2007.
- BLÜHDORN, Ingolfur; 2013. *Simulative Demokratie: neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Suhrkamp Verlag.
- BOAS, Franz; 1939. *Democracy and Intellectual Freedom*. Address delivered at a meeting sponsored by the Lincoln's Birthday Committee for Democracy and Intellectual Freedom, February 12, 1939. *The American Teacher*.
- BOGNER, Alexander; LITTIG Beate; MENZ Wolfgang; 2014. *Wer ist ein Experte? Wissenssoziologische Grundlagen des Expertinneninterviews* S. 9-15. Springer Verlag
- BRENNAN, Jason; 2016. *Against democracy*. Princeton University Press.
- CAPLAN, Bryan; 2011. *The myth of the rational voter: Why democracies choose bad policies*. Princeton University Press.
- COOK, John, et al.; 2016. *Consensus on consensus: a synthesis of consensus estimates on human-caused global warming*. *Environmental Research Letters*, 11. Jg., Nr. 4, S. 048002.
- FUCHS, Dieter; 2004. *Modelle der Demokratie: Partizipatorische, Liberale und Elektronische Demokratie*. In: *Demokratiethorie und Demokratieentwicklung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 19-53.
- GAUS, Daniel; 2012. *Die Dezentrierung der Demokratie. Neuere Beiträge zur Demokratiethorie*. *Zeitschrift für Politische Theorie*, 3. Jg., S. 298-306.
- GEIßLER, Heiner; 2014. *Die politische Partei wird in Zukunft mehrheitsfähig sein, die Bürgerbeteiligung als demokratisches Zukunftsmodell vorschlägt*. In: *Kann Demokratie Nachhaltigkeit?*. Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 123-129.
- GEMENNE, François; 2011. *Why the numbers don't add up: A review of estimates and predictions of people displaced by environmental changes*. *Global Environmental Change*, 21. Jg., S. S41-S49.
- GESANG, Bernward (Hg.); 2014. *Kann Demokratie Nachhaltigkeit?*. Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- HABERMAS, Jürgen; 1992. *Faktizität und Geltung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- HAYEK, Friedrich August; 1960/2011. *The constitution of liberty: The definite edition*. The University of Chicago Press
- HARDIN, Garrett, et al.; 1968. *The tragedy of the commons*. *science*, 1968, 162. Jg., Nr. 3859, S. 1243-1248.

- HEILBRONER, Robert; 1980. *An Inquiry into the Human Prospect: Updated for the 1980s*. New York: Norton
- HINTERBERGER, Friedrich; LUKS, Fred; STEWEN, Marcus; 1996. *Ökologische Wirtschaftspolitik: Zwischen Ökodiktatur und Umweltkatastrophe*. Springer-Verlag.
- KEMFERT, Claudia; PRAETORIUS, Barbara; 2005. *Die ökonomischen Kosten des Klimawandels und der Klimapolitik*. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, 2005, 74. Jg., Nr. 2, S. 133-136.
- KIELMANSEGG, Peter Graf; 2003. *Können Demokratien zukunftsverantwortlich handeln?*. *Merkur*, 2003, Nr. 651, S. 583-594.
- KIRCHGÄSSNER, Gebhard; SCHNEIDER, Friedrich; 2003. *On the political economy of environmental policy*. *Public Choice*, 2003, 115. Jg., Nr. 3, S. 369-396.
- KOKIC, Philip; CRIMP, Steven; HOWDEN, Mark. 2014; *A probabilistic analysis of human influence on recent record global mean temperature changes*. *Climate Risk Management*, 2014, 3. Jg., S. 1-12.
- LAFFERTY, William M.; MEADOWCROFT, James; 1996. *Democracy and the Environment*. Edward Elgar Publishing.
- LANDEMORE, Hélène; 2013. *Democratic reason: Politics, collective intelligence, and the rule of the many*. Princeton University Press.
- LANDEMORE, Helene E.; 2012. *Why the many are smarter than the few and why it matters*. *Journal of Public Deliberation*, 2012, 8. Jg., Nr. 1.
- LEVINE, Phillip; 2016. *Before the Flood*. Directed by Richard Stevens, National Geographic.
- MEADOWS, Dennis L., et al.; 1972. *Die Grenzen des Wachstums*.
- OPHULS, William, et al.; 1977. *Ecology and the Politics of Scarcity*. WH Freeman.
- PACHAURI, Rajendra K., et al.; 2014. *Climate change 2014: synthesis report*. Contribution of Working Groups I, II and III to the fifth assessment report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. IPCC.
- PRIESTER, Karin; 2012. *Wesensmerkmale des Populismus*. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 5/6 S. 3-9
- PROBST, Lothar; 2015. *Bündnis 90/Die Grünen: Absturz nach dem Höhenflug*. In: *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013*. Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 135-158.
- RAHMSTORF, Stefan; SCHELLNHUBER, Hans Joachim; 2012. *Der Klimawandel: Diagnose, Prognose, Therapie*. CH Beck, 2012.
- ROHM, Christian; WURSTER, Stefan; 2016. *Volk oder Parlament: Wer entscheidet nachhaltiger?* Eine vergleichende Untersuchung von Nachhaltigkeitsabstimmungen in der Schweiz. *Swiss Political Science Review*, 2016, 22. Jg., Nr. 2, S. 185-212.
- SCHARPF, Fritz W.; 1999 *Regieren in Europa: effektiv und demokratisch?*. Campus Verlag.
- SCHMIDT, Manfred G.; 2010. *Demokratietheorien: Eine Einführung*. Springer-Verlag.

STEIN, Tine; 2014. *Zum Problem der Zukunftsfähigkeit der Demokratie*. In: Kann Demokratie Nachhaltigkeit?. Springer Fachmedien Wiesbaden, 2014. S. 47-63.

SUROWIECKI, James; 2007. *Die Weisheit der Vielen*. München: Goldmann.

VAN REYBROUCK, David; 2016. *Gegen Wahlen – Warum Abstimmen nicht demokratisch ist*. Wallstein Verlag.

WELZER, Harald; 2008. *Angekündigte Apokalypse*. Internationale Politik 10, Oktober 2008, S. 22 – 30.

WILLKE, Helmut; 2005. *Welche Expertise braucht die Politik?*. In: Wozu Experten?. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 45-63.

WILLKE, Helmut; 2007. *Smart governance: governing the global knowledge society*. Campus Verlag.

WILLKE, Helmut; 2014. *Demokratie in Zeiten der Konfusion*. Suhrkamp Verlag.

WILLKE, Helmut; 2016. *Dezentrierte Demokratie - Prolegomena zur Revision politischer Steuerung*, Suhrkamp Verlag.

**ONLINERESSOURCEN: Alle Quellen wurden zuletzt am 10.04.2017 abgerufen.**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 19.-21.11.2010, Freiburg. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen den „Veggie-Day“  
[http://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Beschluesse/Ernaehrung-Veggie-Day-Beschluss-BDK-Freiburg-11-2010.pdf](http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Ernaehrung-Veggie-Day-Beschluss-BDK-Freiburg-11-2010.pdf)

BOJANOWSKI, Axel in SPIEGEL ONLINE vom 03.05.2010. *Heißer Krieg ums Klima*.  
<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/climategate-alles-ueber-den-skandal-in-der-klimaforschung-a-688175.html>

BOJANOWSKI, Axel in SPIEGEL ONLINE im Interview mit Lennart Bengtsson vom 14.05.2014. *Ich hatte Angst um meine Gesundheit und Sicherheit*.  
<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimaforscher-lennart-bengtsson-tritt-aus-skeptikerverein-gwpf-aus-a-969382.html>

DIE ZEIT, 01.12.2016 China führt Sondersteuer auf Luxusautos ein  
<http://www.zeit.de/news/2016-12/01/auto-china-fuehrt-sondersteuer-auf-luxusautos-ein-01113408>

HECKING, Claus in DIE ZEIT vom 08.12.2016. *Die Rot-Grüne Supermacht*  
<http://www.zeit.de/2016/49/china-klimaschutz-vorreiter-usa-wahl-donald-trump>

LEE, Felix in DIE ZEIT vom 28.06.2016. *Der Terminator steht auf Tofu*  
<http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2016-06/fleischkonsum-china-regierung-regulierung>

SCOTT, Simon; 2000. "Music Cues: Adlai Stevenson." National Public Radio.  
<http://www.npr.org/programs/wesat/000205.stevenson.html>

STATISTA; Wahlbeteiligung bei Europawahlen zwischen 1979 und 2014  
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/12230/umfrage/wahlbeteiligung-bei-europawahlen-seit-1979/>